V-11-001 Humanität sichern und Asylrecht umsetzen: Die Asylverfahrensberatung muss vor Ort weiter finanziert werden!

Antragsteller*in: Landesvorstand NRW
Beschlussdatum: 11.06.2026

Änderungsantrag zu V-11

Von Zeile 1 bis 12:
~~Das Bundesinnenministerium~~Bundesinnenminister Dobrindt hat angekündigt, die Finanzmittel für das Bundesprogramm zur unabhängigen Asylverfahrensberatung (AVB) zum 31. Dezember 2027 vollständig zu streichen. Begründet wird die Entscheidung mit ~~einer nicht-öffentlichen Evaluation, die~~Spargründen. Zugleich werden enorme Summen für die ~~Wirksamkeit des Programms in Frage stelle~~GEAS-Reform und eine Politik der Härte gegenüber Geflüchteten aufgewendet. Damit setzt Innenminister Dobrindt seinen migrationspolitischen Kurs fort, der auf Abschottung statt auf Humanität sowie rechtsstaatlich gesicherte und faire Verfahren ~~setzt~~im europäischen Asylsystem ausgerichtet ist. Dieser politisch motivierte Vorstoß wird ein folgenschwerer Rückschritt sein ~~in einer Zeit, in der die Asylverfahren durch die anstehende GEAS-Reform weiter verkompliziert werden~~. Unabhängige Beratung stärkt die Rechte von Schutzsuchenden, reduziert Klageverfahren und entlastet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und alle weiteren Behörden. Das fatale Signal, das hier vom Bund gesendet wird, ~~dürfen~~lassen wir GRÜNE nicht unbeantwortet stehen ~~lassen~~.